

Inhaltsübersicht

Vorwort	v
Inhaltsübersicht.....	vii
Inhaltsverzeichnis.....	xi
Abkürzungsverzeichnis	xxiii
Literaturverzeichnis.....	xxvii
Materialienverzeichnis.....	xliii
AUSGANGSLAGE UND EINLEITENDE BEMERKUNGEN.....	1
1. TEIL: ALLGEMEINES.....	5
1. Kapitel: Grundlagen	6
§ 1 Zwangsmassnahmen	6
§ 2 Die Hausdurchsuchung	10
§ 3 Die Beschlagnahme	19
2. Kapitel: Eingriff in die Freiheitsrechte	23
§ 4 Einleitung.....	23
§ 5 Schutz der Privatsphäre	23
§ 6 Weitere betroffene Freiheitsrechte	30
§ 7 Zulässigkeit von Eingriffen in die Freiheitsrechte.....	31
3. Kapitel: Integration der Zwangsmassnahmen ins Wettbewerbsrecht	34
§ 8 Grundsätzliches zum Kartellverwaltungsverfahren.....	34
§ 9 Geschichtliche Entwicklung der Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden	36
§ 10 Art. 42 Abs. 2 KG als Grundlage für Hausdurchsuchungen und Beweismittelbeschlagnahmen.....	39
§ 11 Die weiteren Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden	47
2. TEIL: VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ANORDNUNG VON HAUSDURCHSUCHUNGEN UND BESCHLAGNAHMEN	61
4. Kapitel: Materielle Voraussetzungen.....	62
§ 12 Hinreichender Tatverdacht	62
§ 13 Wahrscheinlichkeit der Auffindung von Beweismitteln.....	69
§ 14 Verhältnismäßigkeit.....	71
5. Kapitel: Formelle Voraussetzungen	80
§ 15 Hausdurchsuchungsbefehl	80
§ 16 Spezialfall: Gefahr im Verzug	101
§ 17 Kartellrechtliches Verfahren.....	111

§ 18	Spezialfall: Hausdurchsuchung als Ersatzvornahme für andere Untersuchungsmassnahmen	115
§ 19	Heilung eines fehlerhaften Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmebefehls	119
Anhang zum 4. und 5. Kapitel: Tafel zu den Voraussetzungen für Hausdurchsuchungen		122
3. TEIL: DIE DURCHFÜHRUNG DER ZWANGSMASSNAHMEN		123
6. Kapitel: Zuständigkeit und beteiligte Akteure.....		124
§ 20	Zuständigkeit des Sekretariats der Weko als Untersuchungsbehörde	124
§ 21	An den Zwangsmassnahmen beteiligte Akteure.....	124
7. Kapitel: Der Umfang der Hausdurchsuchung		139
§ 22	Durchsuchung von Räumen.....	139
§ 23	Durchsuchung von Papieren.....	140
§ 24	Duldungspflicht	160
8. Kapitel: Die Durchführung der Hausdurchsuchung		168
§ 25	Zeitpunkt und Dauer der Hausdurchsuchung	168
§ 26	Beginn der Hausdurchsuchung	170
§ 27	Anwesenheit dritter Personen	183
§ 28	Stellung des Betroffenen.....	196
§ 29	Die Durchsuchung von Papieren	200
§ 30	Zufallsfunde.....	215
§ 31	Durchsuchungsprotokoll.....	224
§ 32	Ende der Durchsuchung.....	226
9. Kapitel: Die Durchführung der Beschlagnahme.....		229
§ 33	Rahmenbedingungen für die Beschlagnahme	229
§ 34	Voraussetzungen für die Durchführung der Beschlagnahme	235
§ 35	Verfahren der Durchführung der Beschlagnahme	245
§ 36	Ende der Beschlagnahme	259
10. Kapitel: Durchsuchung und Beschlagnahme von elektronisch gespeicherten Daten		262
§ 37	Grundlagen	262
§ 38	Die Sicherstellung der Daten vor Ort	272
§ 39	Die Durchsuchung der Daten	285
4. TEIL: RECHTSMITTELVERFAHREN		295
11. Kapitel: Entsiegelungsverfahren		296
§ 40	Das Entsiegelungsverfahren durch das Bundesstrafgericht	296
§ 41	Weiterzug an das Bundesgericht	304
12. Kapitel: Beschwerdeverfahren		307
§ 42	Beschwerdeinstanz	307
§ 43	Beschwerdevoraussetzungen	308
§ 44	Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht	314
§ 45	Weiterzug an das Bundesgericht	316

Anhang zum 11. und 12. Kapitel: Tafeln zu den Rechtsmitteln	321
5. TEIL: AUSBLICK.....	323
13. Kapitel: Das Revisionsvorhaben 2012.....	324
§ 46 Überblick über das Revisionsvorhaben 2012	324
§ 47 Änderungen mit Auswirkungen auf die kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen	332
Stichwortverzeichnis.....	337

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis.....	XXVII
Materialienverzeichnis.....	XLIII
AUSGANGSLAGE UND EINLEITENDE BEMERKUNGEN.....	1
1. TEIL: ALLGEMEINES.....	5
1. Kapitel: Grundlagen	6
§ 1 Zwangsmassnahmen	6
I. Vorbemerkung	6
II. Begriff	6
III. Übersicht Zwangsmassnahmen	7
1. Kategorien	7
2. Freiheitsentziehende Massnahmen	7
3. Geheime Überwachungsmassnahmen	8
a) Im Allgemeinen	8
b) Die „Online-Durchsuchung“	9
§ 2 Die Hausdurchsuchung	10
I. Historische Entwicklung und Bedeutung der Hausdurchsuchung	10
1. Hausdurchsuchungen im römischen Recht	10
2. Hausdurchsuchungen im germanischen Recht	11
II. Begriff der Hausdurchsuchung	13
III. Abgrenzung von anderen Zwangsmassnahmen der Durch- oder Untersuchung	14
1. Übersicht	14
2. Durchsuchungen	15
a) Sach- oder Effektendurchsuchung	15
b) Papierdurchsuchung bzw. Durchsuchung von Aufzeichnungen	15
c) Personendurchsuchung	17
3. Untersuchungen und weitere verwandte Zwangsmassnahmen	17
a) Untersuchungen	17
b) Weitere verwandte Zwangsmassnahmen	18
c) Verhältnis zur Hausdurchsuchung	18
§ 3 Die Beschlagnahme	19
I. Begriff der Beschlagnahme	19
II. Arten der Beschlagnahme	19
1. Übersicht	19
2. Die einzelnen Beschlagnahmearten	20
a) Beschlagnahme zur Kostendeckung	20

b)	Die Beweismittelbeschlagnahme.....	21
c)	Die Einziehungsbeschlagnahme	21
d)	Restitutionsbeschlagnahme.....	21
III.	Verhältnis zwischen Beschlagnahme und Durchsuchung.....	22
2. Kapitel: Eingriff in die Freiheitsrechte.....		23
§ 4	Einleitung.....	23
§ 5	Schutz der Privatsphäre	23
I.	Einleitung.....	23
1.	Art. 8 EMRK	23
2.	Art. 13 BV	24
II.	Schutz der Wohnung.....	24
1.	Recht auf Achtung der Wohnung (Art. 8 EMRK)	24
2.	Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 BV).....	25
3.	Hausdurchsuchungen als Eingriffe in den Schutz der Wohnung	26
III.	Schutz des Kommunikationsvorgangs	27
1.	Das Recht auf Achtung des Briefverkehrs (Art. 8 EMRK).....	27
2.	Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 13 BV).....	27
3.	Verhältnis von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen zu Eingriffen in den geschützten Kommunikationsvorgang	28
IV.	Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung (Daten- und Geheimnisschutz, Art. 13 Abs. 2 BV und 8 EMRK)	29
§ 6	Weitere betroffene Freiheitsrechte	30
I.	Schutz der Wirtschaftsfreiheit.....	30
II.	Eigentumsgarantie.....	30
§ 7	Zulässigkeit von Eingriffen in die Freiheitsrechte.....	31
I.	Voraussetzungen im schweizerischen Recht.....	31
II.	Voraussetzungen in der EMRK	32
3. Kapitel: Integration der Zwangsmassnahmen ins Wettbewerbsrecht.....		34
§ 8	Grundsätzliches zum Kartellverwaltungsverfahren.....	34
I.	Gesetzliche Rahmenbedingungen	34
II.	Die Wettbewerbsbehörden	34
III.	Die Verfahren zur Beurteilung von Wettbewerbsbeschränkungen	35
§ 9	Geschichtliche Entwicklung der Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden	36
I.	KG 62	36
II.	KG 85	37
III.	KG 95	37
IV.	Die KG-Revision 03.....	38
§ 10	Art. 42 Abs. 2 KG als Grundlage für Hausdurchsuchungen und Beweismittelbeschlagnahmen.....	39
I.	Genügende gesetzliche Grundlage	39
II.	Inhalt von Art. 42 Abs. 2 KG	42
1.	Zulässige Arten von Zwangsmassnahmen	43
2.	„Sinngemäße“ Anwendung der Art. 45–50 VStrR.....	45
a)	Art. 45 VStrR.....	45
b)	Art. 46 VStrR.....	45
c)	Art. 47 VStrR.....	46
d)	Art. 48 VStrR.....	46
e)	Art. 49 VStrR.....	46
f)	Art. 50 VStrR.....	47

§ 11	Die weiteren Untersuchungsmassnahmen der Wettbewerbsbehörden	47
I.	Übersicht über die Untersuchungsmassnahmen.....	47
II.	Die einzelnen Untersuchungsmassnahmen	48
1.	Auskunfts- und Editionspflicht.....	48
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	48
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen	50
2.	Partei- und Zeugenbefragung	50
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	50
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen	51
3.	Amtshilfe.....	53
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	53
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen	53
4.	Die weiteren Instrumente	54
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	54
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen	54
5.	Die Bonusregelung	55
a)	Wesentlicher Inhalt und Bedeutung.....	55
b)	Verhältnis zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen	57
2. TEIL: VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ANORDNUNG VON HAUSDURCHSUCHUNGEN UND BESCHLAGNAHMEN	61	
4. Kapitel: Materielle Voraussetzungen	62	
§ 12	Hinreichender Tatverdacht	62
I.	Allgemeines	62
II.	Begriff	62
III.	Merkmale des hinreichenden Tatverdachts.....	63
1.	Elemente des hinreichenden Tatverdachts	63
2.	Anforderungen an den hinreichenden Tatverdacht	63
3.	Subjekt des hinreichenden Tatverdachts	65
IV.	Abgrenzung vom dringenden Tatverdacht.....	65
V.	Das Verhältnis zwischen hinreichendem Tatverdacht und Verfahrenseröffnung	66
1.	Fragestellung	66
2.	Hinreichender Tatverdacht versus Anfangsverdacht zur Eröffnung einer Vorabklärung	66
3.	Hinreichender Tatverdacht versus Anhaltspunkte für eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung	67
4.	Ergebnis	69
§ 13	Wahrscheinlichkeit der Auffindung von Beweismitteln.....	69
I.	Allgemeines	69
II.	Die Durchsuchung der Räumlichkeiten eines beteiligten Unternehmens	70
III.	Die Durchsuchung der Räumlichkeiten eines Dritten.....	70
IV.	Die Durchsuchung der privaten Domizile von Unternehmensvertretern	71
§ 14	Verhältnismässigkeit.....	71
I.	Allgemeines	71
II.	Eignung	72
III.	Erforderlichkeit	73
IV.	Verhältnismässigkeit im engeren Sinn.....	74
1.	Allgemeines.....	74

2.	Grundsatz der Zumutbarkeit von Hausdurchsuchungen bei direkt sanktionierbaren Wettbewerbsbeschränkungen	75
3.	Art der Wettbewerbsbeschränkung als entscheidendes Kriterium	76
4.	Einfluss der Wirkung einer Wettbewerbsbeschränkung	76
5.	Weitere Kriterien.....	77
5. Kapitel: Formelle Voraussetzungen		80
§ 15	Hausdurchsuchungsbefehl	80
I.	Zuständigkeit.....	80
1.	Antrag und Anordnung.....	80
2.	EMRK-Konformität	81
II.	Form des Hausdurchsuchungsbefehls	85
III.	Inhalt des Hausdurchsuchungsbefehls	86
1.	Funktionen des Inhalts des Hausdurchsuchungsbefehls.....	86
2.	Der Inhalt im Einzelnen	87
a)	Grund der Hausdurchsuchung	87
b)	Zweck der Durchsuchung.....	90
c)	Durchsuchungsobjekte (Räumlichkeiten, Gegenstände, Aufzeichnungen).....	93
d)	Zeitpunkt und Dauer.....	97
e)	Zur Durchsuchung befugte Behörden oder Personen.....	97
f)	Rechtsmittelbelehrung	98
IV.	Muster Hausdurchsuchungsbefehl	99
§ 16	Spezialfall: Gefahr im Verzug	101
I.	Voraussetzungen für den Verzicht auf einen Hausdurchsuchungsbefehl	101
II.	Gefahr.....	101
1.	Gefahr-Kategorien.....	101
2.	Kollusionsgefahr	102
a)	Begriff.....	102
b)	Kollusionsgefahr im Haftrecht	102
c)	Kollusionsgefahr bei kartellrechtlichen Hausdurchsuchungen.....	103
III.	„im Verzug“	104
1.	Zeitliche Dringlichkeit	104
2.	Zeitliche Dringlichkeit im Kartellrecht	105
IV.	Anordnung und Begründungspflicht.....	107
1.	Anordnung.....	107
a)	Form.....	107
b)	Zuständigkeit	107
2.	Begründungs- und Dokumentationspflicht.....	107
V.	Rechtsstaatliche Bedenken und Gegenmassnahmen.....	108
1.	Rechtsstaatliche Bedenken	108
2.	Vorschläge für Massnahmen zur Verminderung der rechtsstaatlichen Bedenken	109
VI.	Überprüfung der Gefahr im Verzug durch die Rechtsmittelinstanzen.....	110
§ 17	Kartellrechtliches Verfahren.....	111
I.	Marktbeobachtung	111
II.	Vorabklärung	112
III.	Untersuchung	114
IV.	Fazit.....	115
§ 18	Spezialfall: Hausdurchsuchung als Ersatzvornahme für andere Untersuchungsmassnahmen.....	115
I.	Herausgabepflicht und Hausdurchsuchung im Strafprozess.....	115

II.	Hausdurchsuchungen als Ersatzvornahme für andere Untersuchungsmassnahmen im Kartellgesetz.....	116
	1. Bei Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts	116
	2. Bei Vorliegen eines Anfangsverdachts	117
§ 19	Heilung eines fehlerhaften Hausdurchsuchungs- und Beschlagnahmefehlens...	119
	I. Heilung durch korrekte nachträgliche Anordnung?	119
	II. Heilung im Rechtsmittelverfahren?	119
Anhang zum 4. und 5. Kapitel: Tafel zu den Voraussetzungen für Hausdurchsuchungen		122
3. TEIL: DIE DURCHFÜHRUNG DER ZWANGSMASSNAHMEN		123
6. Kapitel: Zuständigkeit und beteiligte Akteure.....		124
§ 20	Zuständigkeit des Sekretariats der Weko als Untersuchungsbehörde	124
§ 21	An den Zwangsmassnahmen beteiligte Akteure.....	124
	I. Übersicht	124
	II. Personal des Sekretariates	124
	1. Allgemeines.....	124
	2. Besondere Ausbildung bezüglich Zwangsmassnahmen.....	125
	3. Aufgaben im Zusammenhang mit Zwangsmassnahmen.....	126
	a) Aufgaben vor der Durchführung der Zwangsmassnahmen	126
	b) Aufgaben während der Durchführung der Zwangsmassnahmen	126
	c) Aufgaben nach der Durchführung von Zwangsmassnahmen	127
	III. Polizisten.....	127
	1. Die Polizei	127
	2. Art. 41 KG als Rechtsgrundlage für den Bezug von Polizisten	128
	3. Für die Polizisten massgebliches Recht	128
	a) Anwendung von unmittelbarem Zwang	128
	b) Gewährleistung der Sicherheit des Durchsuchungsteams	129
	c) Überwachung der zu durchsuchenden Räume sowie der gefundenen Beweismittel und andere unterstützende Tätigkeiten.....	130
	4. Merkmale der Amtshilfe	130
	5. Aufgaben der Polizei bei kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen	131
	IV. IT-Spezialisten	132
	1. Allgemeines.....	132
	2. IT-Spezialisten von anderen Behörden	132
	3. IT-Spezialisten von privaten Unternehmen.....	133
	a) Rechtsgrundlage für den Bezug privater Experten.....	133
	b) Amtsgeheimnis	135
	c) Ausstand	135
	d) Transparenz	136
	e) Sorgfaltspflichten.....	137
	4. Aufgaben der IT-Spezialisten bei kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen	137
	V. Grafische Übersicht der beteiligten Akteure und ihrer Aufgaben bei kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen	138
7. Kapitel: Der Umfang der Hausdurchsuchung		139
§ 22	Durchsuchung von Räumen.....	139
§ 23	Durchsuchung von Papieren.....	140
	I. Grundsätzlicher Umfang	140

II.	Wahrung von Amts- und Berufsgeheimnissen im Allgemeinen	141
III.	Das Anwaltsgeheimnis im Besonderen.....	142
1.	Ausgangslage.....	142
2.	Gesetzliche Regelung	143
3.	Abkehr vom Gewahrsamskriterium	143
a)	Bedeutung des Gewahrsamskriteriums bis zum 1. Mai 2013	143
b)	Geltende Bedeutung des Gewahrsamskriteriums	144
4.	Anwaltlicher Verkehr.....	145
a)	Berufsspezifisches Mandat	145
b)	Kategorien geschützter Unterlagen und Gegenstände	147
5.	Geheimnischarakter.....	148
6.	Ausnahmen.....	149
7.	Begriff des „Anwalts“	150
8.	Unternehmensjuristen.....	151
a)	Ausgangslage	151
b)	Lehre	151
c)	Rechtsprechung	152
d)	Unternehmensjuristengesetz	153
e)	Schutz des Legal Privilege in Europa	156
f)	Stellungnahme	158
§ 24	Duldungspflicht	160
I.	Umfang	160
II.	Durchsetzung: Zwangsanwendung	161
III.	Verletzung der Duldungspflicht	163
1.	Hinderung einer Amtshandlung (Art. 286 StGB).....	163
2.	Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285 StGB)	164
3.	Begünstigung (Art. 305 StGB)	165
4.	Urkundenunterdrückung (Art. 254 StGB).....	166
5.	Kartellrechtliche Folgen einer Verletzung der Duldungspflicht	167
8. Kapitel: Die Durchführung der Hausdurchsuchung	168	
§ 25	Zeitpunkt und Dauer der Hausdurchsuchung	168
§ 26	Beginn der Hausdurchsuchung	170
I.	Eintritt	170
II.	Ausweis- und Informationspflicht.....	170
1.	Inhaber der Räume als Adressat	170
2.	Ausweispflicht	171
3.	Informationspflicht bezüglich dem Grund der Durchsuchung	172
a)	Zeitpunkt der Information	172
b)	Inhalt und Form der Information	173
c)	Praxis des Sekretariats	174
4.	Vertretung des abwesenden Inhabers der Räume	175
III.	Festlegung des Verlaufs der Hausdurchsuchung	176
IV.	Fotos	176
V.	Versiegelung von Räumen	178
1.	Vorgehen	178
2.	Gesetzliche Grundlage	179
3.	Siegelbruch	179
VI.	Telefonsperrre und Stubenarrest	180
§ 27	Anwesenheit dritter Personen	183
I.	Amtsperson	183
1.	Rechtsgrundlage	183
2.	Aufgabe und Bedeutung	183

3.	Bestimmung der Amtsperson	184
4.	Verzicht auf die Amtsperson	185
5.	Fehlen der Amtsperson	186
6.	Entschädigung der Amtsperson	186
7.	Keine Amtsperson in der eidg. StPO	187
II.	Rechtsvertreter	187
1.	Rechtsgrundlage	187
2.	Wartezeit auf den Rechtsvertreter	188
a)	Position des Sekretariates	189
b)	Kein Rechtsanspruch auf eine Wartezeit	189
c)	Wartezeit im Strafprozessrecht	189
d)	Wartezeit im EU-Recht	190
e)	Bestehen sachliche Gründe für eine Wartezeit?	190
f)	Sachliche Gründe gegen eine Wartezeit	192
g)	Ergebnis	193
3.	Aufgaben und Bedeutung des Rechtsvertreters	193
a)	Grundsätzliche Aufgabe	193
b)	Der Rechtsvertreter als Ansprechpartner des Sekretariates	194
c)	Bedeutung der Anwesenheit des Rechtsvertreters	195
§ 28	Stellung des Betroffenen	196
I.	Teilnahmerecht	196
II.	Verhältnismässigkeitsprinzip	197
III.	Kooperation mit der Behörde	198
§ 29	Die Durchsuchung von Papieren	200
I.	Äusserungsrecht des Inhabers der Papiere	200
1.	Grundlagen	200
2.	Träger des Äusserungsrechts	200
3.	Funktion des Äusserungsrechts	201
4.	Form der Äusserung	201
II.	Schonung der Privatgeheimnisse	202
III.	Versiegelung	203
1.	Bedeutung	203
2.	Einsprache	204
a)	Aufklärungspflicht der Behörde	204
b)	Träger	205
c)	Zeitpunkt	209
d)	Form	210
3.	Grobsichtung	211
a)	Zulässigkeit	211
b)	Kritik in der Lehre	211
c)	Stellungnahme	212
d)	Folgen der Grobsichtung	213
4.	Siegelung	214
§ 30	Zufallsfunde	215
I.	Definition	215
II.	Abgrenzungen	215
1.	Durch den Tatverdacht gedeckte Feststellungen	216
2.	Nicht kartellrechtsrelevante Rechtsverstösse	217
a)	Amtsgeheimnis gemäss Art. 320 StGB	217
b)	Besondere Geheimhaltungspflicht gemäss Art. 25 Abs. 2 KG	218
c)	Anzeigepflichten gemäss Art. 22a Abs. 1 BPG und Art. 19 Abs. 2 VStrR	219
d)	Fazit	220

III.	Verwertbarkeit	221
§ 31	Durchsuchungsprotokoll.....	224
I.	Protokollierungspflicht.....	224
II.	Zweck der Protokolls	224
III.	Inhalt des Durchsuchungsprotokolls	225
§ 32	Ende der Durchsuchung.....	226
I.	Zweckerreichung.....	226
II.	Ausdrückliche Beendigung	227
III.	Wiederverwendung des Hausdurchsuchungsbefehls?	227
9. Kapitel:	Die Durchführung der Beschlagnahme.....	229
§ 33	Rahmenbedingungen für die Beschlagnahme.....	229
I.	Übersicht	229
II.	Beschlagnahme im Rahmen der Hausdurchsuchung als Regelfall	229
1.	Die gemeinsame Anordnung von Hausdurchsuchung und Beschlagnahme als Regelfall	229
2.	Rekapitulation der Voraussetzungen für die Anordnung der Beschlagnahme im Rahmen der Hausdurchsuchung	230
a)	Hinreichender Tatverdacht	230
b)	Wahrscheinlichkeit der Auffindung von Beweismitteln.....	230
c)	Verhältnismässigkeit.....	230
d)	Beschlagnahmeverbefehl	231
III.	Spezialfall: Beschlagnahme ausserhalb einer Hausdurchsuchung.....	232
1.	Zulässigkeit von Beschlagnahmen ausserhalb einer Hausdurchsuchung	232
2.	Voraussetzungen für die Anordnung von Beschlagnahmen ausserhalb von Hausdurchsuchungen.....	232
3.	Herausgabe als Mittel zur Beschlagnahme.....	233
a)	Herausgabe im Strafprozess	233
b)	Herausgabe im Kartellrecht auf der Grundlage von Art. 40 KG	233
4.	Direkte Beschlagnahmeverfügung	235
§ 34	Voraussetzungen für die Durchführung der Beschlagnahme	235
I.	Potenzielle Beweiseignung	235
1.	Definition	235
2.	Umfang.....	236
3.	Der „Panalpina-Fall“ als Praxisbeispiel	237
a)	Erwägungen des Bundesstrafgerichts	238
b)	Erwägungen des Bundesgerichts	238
c)	Würdigung der Erwägungen des Bundesgerichts und des Bundesstrafgerichts.....	239
II.	Kein Beschlagnahmeverbot	240
1.	Regelung im VStrR	240
2.	Regelung in der StPO	241
3.	Auswirkungen der Regelung in der StPO auf das VStrR	241
a)	Personenkreis.....	241
b)	Schutzmfang	244
§ 35	Verfahren der Durchführung der Beschlagnahme	245
I.	Einleitung	245
II.	Beschlagnahmeobjekt	245
1.	Ausgangslage.....	245
2.	Stellungnahme	246
a)	Grammatikalische Auslegung.....	246
b)	Historische Auslegung.....	247

c)	Systematische Auslegung	247
d)	Teleologische Auslegung.....	247
e)	Fazit	248
3.	Konsequenzen	249
III.	Überführung in staatliche Hoheit	250
1.	Wegnahme des körperlichen Gegenstandes	250
2.	Erstellung einer Kopie	250
3.	Verfügungssperre	250
4.	Durchsetzung	251
	a) Zwangsanwendung	251
	b) Bruch amtlicher Beschlagnahme (Art. 289 StPO).....	251
IV.	Verhältnismässigkeit	252
1.	Umfang der beschlagnahmten Gegenstände	252
2.	Erstellung von Kopien	253
	a) Bisherige Praxis	253
	b) Kritik der Lehre	253
	c) Regelung in der StPO	253
	d) Schlussfolgerungen	254
V.	Beschlagnahmeprotokoll	255
1.	Protokollierungspflicht	255
2.	Anforderungen an das Verzeichnis	256
3.	Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsprotokoll des Sekretariates	257
4.	Formalien	257
VI.	Verwahrung	258
§ 36	Ende der Beschlagnahme	259
I.	Zweckerreichung	259
II.	Vorzeitige Freigabe	259
III.	Freigabe mit dem Endentscheid	260
IV.	Keine Freigabe von Kopien	261
10. Kapitel: Durchsuchung und Beschlagnahme von elektronisch gespeicherten Daten	262	
§ 37	Grundlagen	262
I.	Einleitung	262
	a) Bedeutung elektronisch gespeicherter Daten	262
	b) Anwendbare Regeln	262
II.	Computerforensik	263
	a) Forensik	263
	b) Klassische (analoge) und digitale Forensik	264
	c) Grenzen des Begriffs der Computerforensik	264
	d) Grundprinzipien der Computerforensik	265
	e) Fragestellungen der Computerforensik	266
III.	Begriffe	267
1.	Bits und Bytes	267
2.	Datenträger	267
3.	Betriebssystem, Dateisystem und Dateien	268
4.	Forensische Kopie, logische Kopie und Hashing	270
IV.	Daten und Datenträger als Beschlagnahmeobjekt	271
§ 38	Die Sicherstellung der Daten vor Ort	272
I.	Keine Durchsuchung vor Ort	272
II.	Durchführung der Sicherstellung	274
	1. Zugriff auf die EDV-Anlage und Datenträger	274

a)	Zugriff auf die EDV-Anlage.....	274
b)	Zugriff auf weitere Datenträger	276
2.	Sicherstellung der elektronischen Daten durch Beschlagnahme der Originaldatenträger	276
3.	Sicherstellung der elektronischen Daten durch die Erstellung von Duplikaten	277
III.	Dokumentation.....	279
IV.	Einsprache und Versiegelung.....	279
V.	Spezialprobleme bei der Sicherstellung	280
1.	Externe Datenträger.....	280
2.	Fermeldegeheimnis bei E-Mails.....	282
	a) Ausgangslage.....	282
	b) Abgrenzung des Kommunikationsvorgangs.....	282
§ 39	Die Durchsuchung der Daten.....	285
I.	Durchsuchung bei der Behörde.....	285
1.	Ort der Durchsuchung	285
2.	Art der Durchsuchung	285
3.	Durchsuchung durch das Personal des Sekretariates.....	286
4.	Aufbereitung der Daten.....	286
5.	Analyse der Daten	287
	a) Stichwortsuche.....	287
	b) Weitere Suchmethoden.....	287
6.	Festhalten der gefundenen potenziellen Beweismittel	288
7.	Dokumentation	288
II.	Anwesenheitsrecht	289
III.	Gewährleistung der Berufsgeheimnisse	290
1.	Einleitung	290
2.	Ausscheidung <i>ad hoc</i>	290
3.	Ausscheidung durch Vortriage der Berufsgeheimnisse.....	291
4.	Entsiegelungsverfahren nach Ausscheidung durch das Sekretariat	292
	a) Ausgangslage.....	292
	b) Frist für das Entsiegelungsgesuch	292
	c) Notwendigkeit einer Einsprache vor Ort?	293
IV.	Aufbewahrung der Daten	293
4. TEIL: RECHTSMITTELVERFAHREN	295	
11. Kapitel: Entsiegelungsverfahren	296	
§ 40	Das Entsiegelungsverfahren durch das Bundesstrafgericht.....	296
I.	Zuständigkeit des Bundesstrafgerichts.....	296
II.	Entsiegelungsbegehren.....	297
1.	Zuständigkeit	297
2.	Frist	297
3.	Inhalt.....	298
III.	Verfahren vor Bundesstrafgericht	299
IV.	Überprüfung durch das Bundesstrafgericht.....	301
1.	Zweistufige Prüfung	301
	a) Grundsatz.....	301
	b) Erster Schritt: Zulässigkeit der Hausdurchsuchung.....	301
	c) Zweiter Schritt: Voraussetzungen für eine Entsiegelung.....	301
2.	Triageverfahren des Bundesstrafgerichts	302
	a) Prüfung der Untersuchungsrelevanz.....	302

b)	Prüfung des Vorliegens von Berufsgeheimnissen	303
c)	Spezialfall: allfällige Anonymisierung bei der Entsiegelung von Papieren und Datenträgern aus einer Anwaltskanzlei	304
d)	Entsiegelungsentscheid.....	304
§ 41	Weiterzug an das Bundesgericht	304
I.	Beschwerde in Strafsachen	304
II.	Beschwerdelegitimation.....	305
III.	Modalitäten	305
	1. Aufschiebende Wirkung.....	305
	2. Frist, Form und Inhalt.....	305
IV.	Beschwerdegründe	306
12. Kapitel: Beschwerdeverfahren		307
§ 42	Beschwerdeinstanz	307
I.	Entstehungsgeschichte	307
II.	Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts	307
§ 43	Beschwerdevoraussetzungen	308
I.	Beschwerdelegitimation.....	308
	1. Aktuelles Rechtsschutzinteresse.....	308
	a) Verhältnis zur Einsprache.....	308
	b) Aktuelles Rechtsschutzinteresse bezüglich Hausdurchsuchung und Beschlagnahme	309
	2. Beschwerdeberechtigte Personen	310
II.	Modalitäten	311
	1. Aufschiebende Wirkung.....	311
	2. Frist.....	311
	a) Ordentliche Frist	311
	b) Frist bei Nichteröffnung	312
	c) Neue Frist aufgrund veränderter Verhältnisse?	313
	3. Form und Inhalt	313
III.	Beschwerdegründe	314
§ 44	Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht	314
I.	Kognition	314
II.	Einzelne Verfahrensfragen.....	315
III.	Beschwerdeentscheid.....	315
§ 45	Weiterzug an das Bundesgericht	316
I.	Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	316
II.	Beschwerdevoraussetzungen.....	316
	I. Beschwerdelegitimation	316
	a) Allgemeines Beschwerderecht.....	316
	b) Besondere Beschwerderechte	317
III.	Modalitäten	318
	1. Frist.....	318
	2. Form und Inhalt.....	318
	3. Aufschiebende Wirkung.....	318
IV.	Beschwerdegründe	319

Anhang zum 11. und 12. Kapitel: Tafeln zu den Rechtsmitteln 321

5. TEIL: AUSBLICK	323
13. Kapitel: Das Revisionsvorhaben 2012	324
§ 46 Überblick über das Revisionsvorhaben 2012	324
I. Entstehungsgeschichte	324
1. Evaluation des Kartellgesetzes	324
a) Gesetzlicher Evaluationsauftrag	324
b) Die Durchführung der Evaluation	324
c) Die Ergebnisse der Evaluation im Allgemeinen	324
d) Die Ergebnisse der Evaluation bezüglich Hausdurchsuchungen	325
2. Motion Schweiger (07.3856).....	326
3. Frankenstärke	327
a) Ausgangslage	327
b) Anpassung von Art. 5 KG	327
c) Motion Birrer-Heimo (11.3984)	328
II. Vernehmlassungen und Botschaft.....	328
1. Vernehmlassungen	328
2. Botschaft.....	329
III. Kritik am Revisionsvorhaben.....	330
IV. Aktueller Stand	331
§ 47 Änderungen mit Auswirkungen auf die kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen	332
I. Neuer Wortlaut von Art. 42 E-KG	332
II. Institutionenreform	332
III. Ausweitung der Durchsuchungskompetenzen	333
IV. Anpassung des Rechtsmittelweges	334
V. Auswirkungen der materiellen Gesetzesänderungen auf die kartellrechtlichen Zwangsmassnahmen	335
Stichwortverzeichnis.....	337